

# DER REGIONALRAT DÜSSELDORF

<b>Nr. / Sitzung</b>	StA	VA	PA	<b>63.RR</b>
<b>Datum</b>				<b>10.12.2015</b>
<b>NIEDERSCHRIFT</b>				
Düsseldorf, den 09. Februar 2016				

Ort der Sitzung: Bezirksregierung Düsseldorf

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr

Ende der Sitzung: 11.20 Uhr

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

## Tagesordnung

1. **Formalien**
2. **Genehmigung der Niederschrift über die 62. Sitzung des Regionalrates am 24.09.2015**
3. **Information über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf**
4. **Überarbeiteter Entwurf des Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) - Stand 22.09.2015**  
hier: Stellungnahme der Bezirksregierung Düsseldorf
5. **Rohstoffmonitoring**
  - a) Rheinblick - Das Rohstoffmonitoring (Festgesteine) 2015 für die Planungsregion Düsseldorf - Auswertungsbericht zum Stichtag 01.01.2015
  - b) Abgrabungsmonitoring NRW – Lockergesteine – Monitoringbericht des Geologischen Dienstes NRW für das Planungsgebiet Düsseldorf (Stand 01.01.2015)
6. **Landesstraßenbauprogramme 2016 - Prioritätenreihungen der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2016 für die Um- und Ausbaumaßnahmen an Landesstraßen bis 3,0 Mio. EUR Gesamtkosten (UA IIa) und der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2016 für die Radwegebaumaßnahmen an bestehenden Landesstraßen (UA IIr)**  
hier: Berichterstattung und Beschlussfassung
7. **Neuaufstellung des ÖPNV-Bedarfsplan NRW 2017**  
hier: Meldung der zur Bewertung vorgesehenen Vorhaben beim Land NRW
8. **Aufnahme der „Regiobahnverlängerung und Elektrifizierung“ in den aktuellen ÖPNV-Bedarfsplan**
9. **Kunst- und Kulturförderung – Projektförderung im Rahmen der Regionalen Kulturpolitik**  
hier: Beratung und Beschlussfassung 2015

**10. Gefahrenermittlung und Sanierung von Altlasten sowie weitere Maßnahmen des Bodenschutzes**

hier: Förderprogramm 2016

**11. Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 – Beschlussfassung Teil Straße**

hier: Beschlussfassung **oder** Kenntnisnahme

**12. Wahl eines beratenden Mitglieds gemäß § 8 Abs. 1 Landesplanungsgesetz**

hier: Beschlussfassung

**13. Ehemaliges Bundeswehrdepot Straelen-Herongen - Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundestags v. 17.06.2015 über die Aufnahme dieser u. a. Flächen in das Nationalen Naturerbe**

hier: Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der FDP/FW-Fraktion v. 13.11.2015

**TOP 1:        Formalien**

Der Vorsitzende des Regionalrates, Herr Hans-Jürgen Petrauschke, begrüßt alle Anwesenden und weist auf die Tischvorlagen hin.

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

Der Regionalrat stimmt der Tagesordnung zu.

**TOP 2:        Genehmigung der Niederschrift über die 62. Sitzung des Regionalrates  
am 24.09.2015**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat genehmigt die Niederschrift.

**TOP 3:        Information über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk  
Düsseldorf**

*Die Rede zu diesem TOP ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt und als Videoaufzeichnung auf den Internetseiten der Bezirksregierung Düsseldorf im Sitzungsarchiv unter Top 3 der Tagesordnung der 63. Regionalratssitzung gespeichert.*

[http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv\\_2015/doc/63RR\\_Tagesordnung/index.html](http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2015/doc/63RR_Tagesordnung/index.html)

Der Vorsitzende bedankt sich und greift die Ausführungen von Frau Regierungspräsidentin Lütkes zum Grundstücksgipfel am 30.11.2015 und zum Siedlungsflächenmonitoring auf. Er empfiehlt, das Thema Wohnbauflächen für Flüchtlinge in der am 17.12.2015 stattfindenden interfraktionellen Arbeitsgruppensitzung (ifAG) weiter zu behandeln.

Der Regionalrat nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

**TOP 4: Überarbeiteter Entwurf des Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) - Stand 22.09.2015**  
hier: Stellungnahme der Bezirksregierung Düsseldorf

Gegenstand der Beratungen war die Vorlage 4/62 PA bzw. 4/63 RR vom 30.11.2015.

Herr Papen (CDU) berichtet über die Beratungen im Planungsausschuss.

Er schlägt im Namen seiner Fraktion vor, die Stellungnahme der Bezirksregierung zur Kenntnis zu nehmen. Der Regionalrat solle des Weiteren eine eigene Stellungnahme beschließen, welche durch die Geschäftsführer in den nächsten Tagen vorbereitet und dann in der ifAG-Sitzung am 17.12. weiter abgestimmt werden könne. Eine Beschlussfassung könne dann in einer Sondersitzung des Planungsausschusses im Januar erfolgen.

Herr Wurm (SPD) führt aus, seine Fraktion werde in der ifAG-Sitzung am 17.12.2015 noch Nachfragen an die Verwaltung zu deren LEP-Stellungnahme richten. Sollte hierzu eine zufriedenstellende Klärung erfolgen, signalisiert er, dass sich seine Fraktion ggf. der Stellungnahme der Verwaltung anschließen könne.

Der Vorsitzende hält fest, dass nach der ifAG-Sitzung von den Fraktionen darüber entschieden werde, ob der vorsorglich von der Verwaltung reservierte Termin für eine Sondersitzung am 13. Januar 2016 stattfinden solle. Er weist darauf hin, dass der Regionalrat dem Planungsausschuss die Kompetenz zu einer Beschlussfassung anstelle des Regionalrates übertragen müsse.

Herr Krause (Bündnis 90/ Die Grünen) erklärt, der Vorschlag für eine Sondersitzung des Planungsausschusses sei angemessen. Er macht darauf aufmerksam, dass vor dem Hintergrund der bisherigen Diskussionen eine gemeinsame Stellungnahme unwahrscheinlich erscheine. Des Weiteren erläutert er die inhaltlichen Bedenken seiner Fraktion an der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung und greift dabei insbesondere den aus seiner Sicht zu unkritische Umgang mit der im LEP geplanten Inanspruchnahme von Wald auf.

Herr Schiffer (FDP/ FW) spricht sich im Namen seiner Fraktion ebenfalls für eine Sondersitzung des Planungsausschusses und eine eigene Stellungnahme des Regionalrates zum LEP-Entwurf aus.

Auf Antrag der Vertreterin der Partei Die Linke, Frau Herhaus, lässt der Vorsitzende zuerst über die Kenntnisnahme der Vorlage der Verwaltung und sodann über eine etwaige Sondersitzung des Planungsausschusses abstimmen.

Der Regionalrat fasst in seiner Sitzung am 10.12.2015 mehrheitlich – bei einer Gegenstimme der Vertreterin der Partei Die Linke – den wie folgt abgeänderten Beschluss zur Sitzungsvorlage 4/62 PA bzw. 4/63 RR vom 30.11.2015:

Der Regionalrat nimmt die als Anlage beigefügte Stellungnahme der Bezirksregierung Düsseldorf zum überarbeiteten Entwurf des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen zur Kenntnis.

Ergänzend fasst der Regionalrat in seiner Sitzung am 10.12.2015 einstimmig folgenden Beschluss:

Der Regionalrat ermächtigt den Planungsausschuss bei einer eventuellen Sondersitzung am 13.01.2016 anstelle des Regionalrates eine eigene Stellungnahme zum LEP NRW zu beschließen.

**TOP 5: Rohstoffmonitoring**

- a) Rheinblick - Das Rohstoffmonitoring (Festgesteine) 2015 für die Planungsregion Düsseldorf - Auswertungsbericht zum Stichtag 01.01.2015
- b) Abgrabungsmonitoring NRW – Lockergesteine – Monitoringbericht des Geologischen Dienstes NRW für das Planungsgebiet Düsseldorf (Stand 01.01.2015)

Gegenstand der Beratungen war die Vorlage 5/62 PA bzw. 5/63 RR vom 17.11.2015.

Herr Wurm (SPD) berichtet über die Beratungen im Planungsausschuss.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Regionalrat fasst in seiner Sitzung am 10.12.2015 einstimmig den folgenden Beschluss zur Sitzungsvorlage 5/62 PA bzw. 5/63 RR vom 17.11.2015.

Der Planungsausschuss nimmt die Berichte

- Rheinblick – Das Rohstoffmonitoring (Festgesteine) 2015 für die Planungsregion Düsseldorf – Auswertungsbericht Festgestein zum Stichtag 01.01.2015
- Abgrabungsmonitoring NRW – Lockergesteine – Monitoringbericht für das Planungsgebiet Düsseldorf (Stand 01.01.2015)

zur Kenntnis.

**TOP 6: Landesstraßenbauprogramme 2016 - Prioritätenreihungen der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2016 für die Um- und Ausbaumaßnahmen an Landesstraßen bis 3,0 Mio. EUR Gesamtkosten (UA IIa) und der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2016 für die Radwegebaumaßnahmen an bestehenden Landesstraßen (UA IIr)**  
hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

Gegenstand der Beratungen war die Vorlage 3/55 VA bzw. 6/63 RR vom 02.11.2015 sowie die Tischvorlage vom 08.12.2015.

Herr Papen (CDU) berichtet über die Beratungen im Verkehrsausschuss. Im Anschluss regt er an, im Sinne der Tischvorlage auch für die weiteren Maßnahmen der Priorisierungsliste die entsprechenden Erläuterungen bis zum I. Sitzungsquartal 2016 aufzubereiten.

Herr Hildemann (SPD) unterstützt diesen Wunsch und merkt an, nach dem Vorliegen der detaillierten Informationen durch den Landesbetrieb könne dessen Vorgehen besser nachvollzogen und seitens des Regionalrates entsprechend agiert werden. Des Weiteren regt er an, die Anmeldungen zu kennzeichnen, die voraussichtlich nicht umgesetzt würden.

Herr Müller (FDP) erklärt, es sei nach wie vor nicht deutlich, nach welchen Kriterien der Landesbetrieb bei der Maßnahmenumsetzung vorgehe. Seine Fraktion werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Herr Edelhoff (SPD) bedankt sich für die ergänzende Tischvorlage und bittet bei den weiteren Erläuterungen um Auflistung der Maßnahmen, die letztendlich umgesetzt werden.

Frau Regierungspräsidentin Lütkes berichtet, die Fachabteilung befinde sich im direkten Gespräch mit dem Landesbetrieb Straßen NRW, gerade auch hinsichtlich einer besseren Transparenz, Zusammenarbeit und frühzeitigen Information. Eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der einzelnen Maßnahmen sei dabei wünschenswert. Sie unterstreicht, diese Informationen würden aber nicht von der Bezirksregierung zusammengestellt, nicht das Dezernat 25 sei hier auskunftspflichtig, sondern der Landesbetrieb Straßen NRW.

Der Regionalrat beschließt einstimmig bei drei Stimmenthaltungen der FDP/FW-Fraktion die Priorisierung der Um- und Ausbaumaßnahmen an Landesstraßen bis 3,0 Mio. EUR Gesamtkosten (Anlage 1) und der Radwegebaumaßnahmen an bestehenden Landesstraßen (Anlage 2) für das Jahr 2016.

**TOP 7: Neuaufstellung des ÖPNV-Bedarfsplan NRW 2017**  
hier: Meldung der zur Bewertung vorgesehenen Vorhaben beim Land NRW

Gegenstand der Beratung waren die Sitzungsvorlage 4/ 55 VA bzw. 7/ 63 RR der Verwaltung vom 02.11.2015 sowie die Tischvorlage vom 25.11.2015.

Herr Hildemann (SPD) berichtet über die Beratungen im Verkehrsausschuss.

Herr Krause (Bündnis 90/ Die Grünen) trägt vor, im Regionalplan seien Bahnhaltdepunkte festgelegt, die noch nicht existieren. Er möchte wissen, ob diese dargestellten Haltepunkte von den Städten für den ÖPNV-Bedarfsplan angemeldet worden seien bzw. welche noch fehlen würden. Er fragt nach, wie die Bezirksregierung damit umgehe und bittet die Beantwortung zum Protokoll zu geben.

*Anmerkung der Redaktion: Die schriftliche Beantwortung durch die Bezirksregierung ist derzeit noch in Arbeit und wird nachgereicht.*

Es wurde über den Beschlussvorschlag in der Fassung der Tischvorlage vom 25.11.2015 abgestimmt.

Der Regionalrat beschließt einstimmig die in der Anlage und in der Anlage 1a der Tischvorlage vom 25.11.2015 vorgesehenen Projektvorschläge zur Neuaufstellung des ÖPNV-Bedarfsplan NRW 2017.

**TOP 8: Aufnahme der „Regiobahnverlängerung und Elektrifizierung“ in den aktuellen ÖPNV-Bedarfsplan**

Gegenstand der Beratungen war die Vorlage 5/ 55 VA bzw. 8/ 63 RR vom 02.11.2015.

Herr Dr. Fils (CDU) berichtet über die Beratungen im Verkehrsausschuss.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 10.12.2015 einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Der Regionalrat beschließt dem Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBWSV) die Aufnahme des ÖPNV Vorhabens „Regiobahnverlängerung + Elektrifizierung“ in den aktuellen ÖPNV Bedarfsplan des Landes NRW sowie in den Infrastrukturfinanzierungsplans vorzuschlagen.



**TOP 9 : Kunst- und Kulturförderung – Projektförderung im Rahmen der Regionalen Kulturpolitik**

hier: Beratung und Beschlussfassung 2015

Gegenstand der Beratung waren die Sitzungsvorlage 3/ 56 StA bzw. 9/ 63 RR der Verwaltung vom 02.11.2015 sowie die Tischvorlagen vom 10.11.2015 und 07.12.2015.

Frau Sickelmann (Bündnis 90/ Die Grünen) berichtet über die Beratungen im Strukturausschuss.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 10.12.2015 einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Der Regionalrat berät die Projektplanungen zur Regionalen Kulturpolitik für das Jahr 2016 und setzt gemäß § 9 (3) LPIG die in der Anlage aufgeführten Vorhaben als prioritär fest.

Der Regionalrat nimmt den Rückblick auf die Förderung 2015 zur Kenntnis.

**TOP 10 Gefahrenermittlung und Sanierung von Altlasten sowie weitere Maßnahmen des Bodenschutzes**

hier: Förderprogramm 2016

Gegenstand der Beratung waren die Sitzungsvorlage 4/ 56 StA bzw. 10/ 63 RR der Verwaltung vom 02.11.2015.

Herr Wurm (SPD) berichtet über die Beratungen im Strukturausschuss.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 10.12.2015 einstimmig den folgenden Beschluss gefasst:

Der Regionalrat stimmt der Dringlichkeitsliste 2016 „Gefahrenermittlung und Sanierung von Altlasten“ und der Förderliste „Bodenschutzmaßnahmen“ zu.

**TOP 11      Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 – Beschlussfassung  
Teil Straße**  
hier: Beschlussfassung **oder** Kenntnisnahme

Gegenstand der Beratung war die Tischvorlage vom 08.12.2015.

Herr Kießling (Verwaltung) berichtet von einem Schreiben des Bundesverkehrsministers vom 03.12.2015, welches er heute per E-Mail den Fraktionsgeschäftsführern und Einzelvertretern zugeleitet habe. Darin werde ausgeführt, dass mit der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung nicht vor Ende Januar 2016 zu rechnen sei.

Herr Gluch (CDU) erklärt, der Regionalrat könne die Sachverhaltsschilderung nur zur Kenntnis nehmen. Wenn die Beteiligung Ende Januar 2016 beginne, hoffe er auf eine rechtzeitige Zurverfügungstellung der Vorlage der Verwaltung für den VA am 09.03.2016, damit auf eine Sondersitzung, damit auf eine Sondersitzung verzichtet werden könne.

Der Regionalrat nimmt in seiner Sitzung am 10.12.2015 einstimmig die Sachverhaltsschilderung zur Kenntnis.

*Anm. der Redaktion: Nach den der Geschäftsstelle aktuell bekannten Informationen aus dem Bundesverkehrsministerium ist zzt. mit einer Vorlage des Entwurfes des BVWP in der 13. KW Woche (Beginn der 13. KW: 28.03.2016 – Ostermontag) zu rechnen. Anschließend ist die sechswöchige Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen. Dies würde bedeuten, dass die Beteiligungsfrist zwischen dem ersten und zweiten Sitzungsblock des Regionalrates endet und zum Zwecke der Beschlussfassung über eine Stellungnahme des RR zum Entwurf des BVWP eine Sondersitzung erforderlich werden könnte.*

**TOP 12      Wahl eines beratenden Mitglieds gemäß § 8 Abs. 1 Landesplanungsgesetz**  
hier: Beschlussfassung

Gegenstand der Beratung war die Sitzungsvorlage 12/ 63 RR vom 23.11.2015.

Es ist keine Vorberatung im Ausschuss zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Dr. Siepmann herzlich für die stets gute Zusammenarbeit und sein großes und sachkundiges Engagement als beratendes Regionalratsmitglied.

Als Wahlvorschlag liegt nachfolgend genannter Bewerber vor:

**Steinmetz, Jürgen**

Hauptgeschäftsführer der Industrie und Handelskammern Mittlerer Niederrhein

Der Vorsitzende erläutert, nach Geschäftsordnung sei eine geheime Wahl vorgesehen. Auf seine Nachfrage erklären sich die Regionalratsmitglieder damit einverstanden, den Wahlgang so am Platz vorzunehmen, dass die Stimmzettel verdeckt und damit für andere nicht einsehbar ausgefüllt werden.

Nach der Auszählung der Stimmen stellt der Vorsitzende fest:

Herr Jürgen Steinmetz ist mit 22 von 26 gültigen Stimmen mit Wirkung ab dem 01.01.2016 als beratendes Mitglied gemäß § 8 Abs. 1 Landesplanungsgesetz NRW in den Regionalrat Düsseldorf berufen worden.

Herr Steinmetz erklärt, dass er die Wahl annehme. Der Vorsitzende beglückwünscht Herrn Steinmetz zur Wahl und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

**TOP 13      Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitglieds gemäß § 10 Abs. 5 Landesplanungsgesetz**

Gegenstand der Beratung war die Sitzungsvorlage 13/ 63 RR vom 25.11.2015.  
Es ist keine Vorberatung im Ausschuss zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt.

Der Vorsitzende erklärt, in der Sitzungsvorlage sei Herr Dr. Siepmann als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen. Laut Geschäftsordnung könne hier auf eine geheime Abstimmung verzichtet werden.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 10.12.2015 einstimmig den folgenden Beschluss gefasst:

Der Regionalrat Düsseldorf wählt auf Vorschlag der CDU-Fraktion Herrn Dr. Udo Siepmann als Nachfolger von Herrn Jürgen Steinmetz als stellvertretendes Mitglied in den Struktur-, Verkehrs- und Planungsausschuss.

Herr Dr. Siepmann erklärt, dass er die Wahl annehme. Der Vorsitzende gratuliert Herrn Dr. Siepmann zur Wahl und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

**TOP 14      Ehemaliges Bundeswehrdepot Straelen-Herongen - Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundestags v. 17.06.2015 über die Aufnahme dieser u. a. Flächen in das Nationalen Naturerbe**

hier:    Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der FDP/FW-Fraktion vom 13.11.2015

Gegenstand der Beratung war der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion und der FDP/FW-Fraktion vom 13.11.2015 sowie der als Tischvorlage vorliegende Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 08.12.2015.

Herr Krause (Bündnis 90/ Die Grünen) begründet den Antrag seiner Fraktion. Seine Fraktion unterstütze im Rahmen der Aufstellung des neuen Regionalplanes zu Gunsten des Umweltschutzes das Vorhaben der Bundesregierung.

Herr Papen (CDU) erläutert den gemeinsamen Antrag seiner und der FDP/FW-Fraktion vom 13.11.2015, der eine Anfrage an die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Frau Dr. Barbara Hendricks beinhaltet. Es verstehe nicht, warum die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen das darin zum Ausdruck gebrachte berechtigte Aufklärungsinteresse nicht unterstütze. Er könne nicht nachvollziehen, dass der Regionalrat Düsseldorf bei der Frage der Meldung des Depots Straelen Herongen zum Nationalen Naturerbe nicht beteiligt worden sei.

Herr Hildemann (SPD) macht deutlich, seine Fraktion halte es ebenfalls für richtig, um Beantwortung der gestellten Fragen an die Bundesregierung zu bitten. Im Anschluss könne diese dann abgewogen und bewertet werden. Er schlägt eine getrennte Abstimmung der Anträge vor.

Herr Schiffer (FDP/FW) erklärt, seine Fraktion habe sich dem Antrag zur Klärung der Sachlage angeschlossen.

Herrn Wurm (SPD) unterstreicht, je schneller die kritischen Fragen beantwortet würden, je schneller könne auch eine Abwägung erfolgen. Seine Fraktion unterstütze die Übersendung des Fragenkatalogs an die Bundesregierung. Er signalisiert, seine Fraktion werde sich daher bei der Abstimmung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen enthalten.

Frau Regierungspräsidentin Lütkes weist auf die Bundesrechtslage hin, die bei einer Einbeziehung des Depots Straelen Herongen in das Nationale Naturerbe zur Konsequenz habe, dass diese Fläche nicht mehr für eine anderweitige Darstellung im Regionalplan zur Verfügung stünde.

*Die ausführlichen Erläuterungen der Fraktionen zu diesem Thema können Sie der Videoaufzeichnung auf den Internetseiten der Bezirksregierung Düsseldorf im Sitzungsarchiv unter Top 14 der Tagesordnung der 63. Regionalratssitzung entnehmen.*

[http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv\\_2015/doc/63RR\\_Tagesordnung/index.html](http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2015/doc/63RR_Tagesordnung/index.html)

Der Vorsitzende lässt zuerst über den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der FDP/FW-Fraktion vom 13.11.2015 abstimmen.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 10.12.2015 mehrheitlich bei drei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und einer Gegenstimme der Vertreterin der Partei Die Linke den folgenden Beschluss gefasst:

Der Regionalrat beschließt die Anfrage an die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Dr. Barbara Hendricks laut Antrag der CDU-Fraktion vom 13.11.2015.

Anmerkung der Redaktion:

*Die ausführliche Beschlussfassung zu diesem TOP ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt. Die Anfrage an die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Barbara Hendricks, wurde mir Schreiben vom 11.12.2015 versandt.*

Im Anschluss wurde der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 08.12.2015 mehrheitlich – mit den Gegenstimmen der CDU-Fraktion und unter Stimmenthaltung der SPD-Fraktion – abgelehnt.

Der Vorsitzende dankt zum Abschluss der Sitzung Herrn Nöke (Verwaltung) für seine Tätigkeit in der Geschäftsstelle des Regionalrates und wünscht ihm alles Gute für seinen zukünftigen Lebensabschnitt im Ruhestand.

Er dankt auch allen Anwesenden für die gute Zusammenarbeit, wünscht eine schöne Adventszeit, ein besinnliches Weihnachtsfest und ein erfolgreiches, gesundes Jahr 2016.

Herr Petrauschke beendet die Sitzung um 11.20 Uhr.

**gez. Petrauschke**  
(Vorsitzender des  
Regionalrates)

**gez. Wurm**  
(Vorsitzender der SPD-Fraktion  
des Regionalrates)

**gez. Sablofski**  
(Schriftführerin  
Geschäftsstelle)

# Der Regionalrat Düsseldorf

- Anwesenheitsliste -

Regionalratssitzung am 10.12.2015

## Stimmberechtigte Mitglieder und Fraktionsgeschäftsführer:

### CDU-Fraktion

Name	anwesend
Amfaldern, Nanette	√
Brügge, Dirk	√
Dr. Fils, Alexander	√
Gluch, Waldemar	√
Humpert, Karl Heinz	√
Läcker, Manfred	√
Müller, Michael	
Papen, Hans-Hugo	√
Petrauschke, Hans-Jürgen	√
Post, Norbert	√
Schmickler, Günter	√
Schroeren, Michael	√
Selders, Hannes	√
Steinmetz, Jürgen	√
Vielhaus, Ewald	√
Welter, Thomas	√

### SPD-Fraktion

Name	anwesend
Bechstein, Klaus	√
Bedronka, Bernd	√
Edelhoff, York	√
Hengst, Jürgen	√
Hildemann, Michael	√
Hornbostel, Rolf	√
Jessner, Udo	
Reese, Klaus Jürgen	
Sinowenka, Friederike	
Thiel, Rainer	√
Welp, Axel C.	√
Wurm, Günter	√

### FDP/FW-Fraktion

Name	anwesend
Dr. Grumbach, Hans-Joachim	√
Müller, Ulrich G.	√
Schiffer, Hans Lothar	√
Suika, Jörn	√
Laakmann, Otto	√

### Bündnis 90/ Die Grünen

Name	anwesend
Arndt, Ingeborg	√
Krause, Manfred	√
Patalla, Sandra	
Sickelmann, Ute	√
Tietz, Uwe	√

### Linkspartei

Name	anwesend
Herhaus, Susanne	√

### parteilos

Name	anwesend
Heitzer, Jürgen	√

## Beratende Mitglieder

Name		anwesend
Dr. Hoffmann, Christian	Arbeitgebervertretung	
Dr. Siepmann, Udo	Arbeitgebervertretung	√
Zipfel, Josef	Arbeitgebervertretung	√
Arens, Guido	Arbeitnehmervertretung	√
Kolle, Daniel	Arbeitnehmervertretung	√
Wolf, Sigrid	Arbeitnehmervertretung	√
Buck, Antje	Kommunale Gleichstellungsstellen	√
Gerkens, Bert	Sportverbände	√
Wenzel, Stefan	Naturschutzverbände	√
Stieber, Andreas-Paul	Landschaftsverband Rheinland	√
Düsseldorf	OB/Vertr.	
Krefeld	OB/Vertr.	
Mönchengladbach	OB/Vertr.	√
Remscheid	OB/Vertr.	
Solingen	OB/Vertr.	√
Wuppertal	OB/Vertr.	√
Kleve	Landrat/Vertr.	
Mettmann	Landrat/Vertr.	√
Neuss	Landrat/Vertr.	√
Viersen	Landrat/Vertr.	

## Teilnehmer von der Bezirksregierung Düsseldorf:

Frau Regierungspräsidentin Lütkes	
Herr Regierungsvizepräsident Schlapka	
Herr Abteilungsdirektor Happe	Abteilung 2
Herr Abteilungsdirektor Olbrich	Abteilung 3
Herr Leitender Regierungsdirektor Matthes	Abteilung 5
Frau Leitende Regierungsdirektorin Schmittmann	Dezernat 32
Herr Regierungsbaudirektor von Seht	Dezernat 32
Herr Regierungsbaudirektor van Gemmeren	Dezernat 32
Frau Regierungsbaudirektorin Gruß	Dezernat 32
Frau Oberregierungsbaurätin Blande	Dezernat 32
Herr Regierungsbaurat Weiß	Dezernat 32
Herr Regierungsbeschäftigter Falkner	Dezernat 32
Frau Regierungsbeschäftigte Kaboth	Dezernat 32
Herr Regierungsschuldirektor Zinnikus	Dezernat 48
Frau Regierungsbeschäftigte Kuchenbecker	Dezernat 25
Frau Regierungsamtfrau Sablofski	Dezernat 32



**Rede von Frau Regierungspräsidentin Anne Lütkes**  
**anlässlich der Regionalratssitzung am 10. Dezember 2015**

Sehr geehrte Damen und Herren des Regionalrats,

ich begrüße Sie recht herzlich zur 4. Sitzung des Regionalrats im Jahr 2015.

In der letzten Sitzung des Regionalrates habe ich Ihnen zur Lage der Flüchtlinge in unserem Regierungsbezirk vorgetragen. Nach wie vor kommen viele Menschen, die unsere Hilfe benötigen in unser Land, nach NRW und auch zu uns hier in den Regierungsbezirk.

Durch großes Engagement aller Beteiligten und guter Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der Behörde, insbesondere mit den Kommunen, haben wir viel erreicht. Wir arbeiten weiterhin intensiv daran, die Bedingungen für die Menschen, die so dringend unsere Hilfe benötigen, zu verbessern.

Ich weiß, dass in der Umgebung geplanter Unterkünfte die Bürgerinnen und Bürger viele Fragen haben und ernstzunehmende Ängste bestehen. Deshalb ist es mir ein großes Anliegen, so transparent wie möglich die Planungen und die Umsetzung anzugehen.

Zu diesem Zweck haben wir schon zahlreiche Informationsveranstaltungen vor Ort durchgeführt. Zuletzt in der letzten Woche in Niederkrüchten.

- Mich hat es beeindruckt, wie interessiert und offen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort diese Angebote angenommen haben.
- Mich hat es gefreut, wie viele ihre positive Haltung und Ihre Bereitschaft zum Engagement zum Ausdruck gebracht haben.

Es ist absolut klar, dass neben den vielen Aufgaben, die wir als Landesverwaltung lösen müssen, im besonderen Maße sich die Kommunen großen Herausforderungen stellen müssen. Daher ist es wichtig zu schauen, wie man unsere Kommunen dabei unterstützen kann.

Auch deshalb hat am 30.11.2015 Herr Minister Groschek zum Grundstücksgipfel in das Bauministerium eingeladen. Die aktuellen Zuwanderungen erzeugen nicht nur kurzfristigen Platz- und Unterbringungsbedarf, sie verändern auch die bisherigen Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung in fast allen Regionen des Landes. Sie erfordern damit eine deutliche Ausdehnung der Bautätigkeit zur Schaffung von Wohnraum.

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Viele Menschen in unserer Region bzw. in Nordrhein-Westfalen verfügen ebenso wie die zuziehenden Menschen nur über ein geringes Startkapital; sie brauchen bezahlbaren Wohnraum. Ziel des Landes ist es, eine Wohnungsbauoffensive zu starten um damit vor allem den günstigen Geschosswohnungsbau zu befördern.

Das Land hat alle aufgefordert ihren möglichen Beitrag zu mehr kostengünstigen Wohnraum zu leisten. Neben den Bereichen Förderung, planungsrechtliche Vorgaben und steuerrechtlichen Aspekten wurde natürlich auch über das Thema Fläche diskutiert, womit thematisch auch die Regionalplanung angesprochen ist.

Hierzu wurde zum einen eine zusätzliche Bedarfsberechnung vorgestellt und zum anderen wurde das nun erstmalig gezeigte landesweite Siedlungsflächenmonitoring der Landesplanung präsentiert.

Das Siedlungsflächenmonitoring zeigt scheinbar, dass rein quantitativ keine Probleme mit ausreichenden Flächen bestehen würden. So vereinfacht ist diese Aussage aber falsch, da das Siedlungsflächenmonitoring und die Bedarfsanalysen aus dem Bauministerium nämlich zeigen, dass es ein diametrales Verhältnis von Wachstums- und Schrumpfräumen auf der einen Seite und den Flächenengpässen und Flächenüberhängen auf der anderen Seite besteht.

Vereinfacht ausgedrückt gibt es landesweit in den Räumen, wo wir ein hohes Bevölkerungswachstum zu erwarten haben, die wenigsten Flächen und dort, wo wir weiterhin mit einer schrumpfenden Bevölkerung rechnen müssen, sehr viele Flächen. Dieses Phänomen ist auch für unsere Region nicht neu. Wir haben uns beispielsweise schon mit diesem Aspekt bei „in und um Düsseldorf“ im Rahmen der Regionalplanfortschreibung beschäftigt. Die Situation hat sich durch die hohe Zuwanderung aktuell nochmal verschärft.

Allerdings haben wir in unseren Bedarfsberechnungen, die dem Regionalplan zugrunde liegen, einen Planungszeitraum von 20 Jahren und gewisse Flexibilitätsszuschläge herangezogen.

Deshalb bin ich der Auffassung, dass zunächst die guten Flächen des Regionalplans Düsseldorf entwickelt werden sollten und wir dann sehr genau und immer wieder hinschauen müssen, wie die tatsächliche Flächeninanspruchnahme war, so dass wir dann möglicherweise schnell und gezielt nachsteuern können. Wir werden in der Begründung zum zweiten Erarbeitungsentwurf mit Zahlen belegen, dass diese getroffenen Einschätzungen weiterhin plausibel sind.

Wichtig ist jetzt allerdings, dass die Kommunen Flächen auch für höher verdichtetes Bauen also zum Beispiel qualitativ hochwertigen Geschosswohnungsbau entwickeln. Wir werden dies als Regionalplanungsbehörde positiv begleiten.

Wir sollten jetzt die Schritte tun, die wirklich schnell zu neuen Flächen führen. Der Regionalplan sollte möglichst zügig zum Abschluss gebracht werden, denn erst dann werden viele gute Standorte entwickelbar. Ich weiß, dass zum Beispiel Neuss, Dormagen, Schwalmtal, Mettmann, Wuppertal oder auch Kleve, um nur einige zu nennen, dringend auf die planungsrechtliche Sicherung warten.

Der Bericht zum landesweiten Siedlungsflächenmonitoring soll in Kürze veröffentlicht werden. Wir werden den Fraktionen unmittelbar nach Veröffentlichung eine Fassung zuleiten.

Sie werden dabei sehen, dass die regionalplanerischen Aufgaben, die im Zusammenhang mit dem verstärkten Zuzug zu bewerkstelligen sind, in anderen Regionen in NRW genauso vorhanden sind wie bei uns. Wir beabsichtigen vor allem in der Zusammenarbeit in der Metropolregion Rheinland unseren regionalplanerischen Beitrag zur Gestaltung des Städtewachstums zu leisten.

Die Aufgaben in Bezug auf die Flüchtlingsunterbringung sind aber bei weitem nicht alle, welche die Bezirksregierung Düsseldorf lösen muss. Daher möchte ich abschließend noch kurz zu den Ihnen bekannten Schienengroßprojekten Betuwe von Emmerich nach Oberhausen und Rhein-Ruhr-Express (RRX) von Köln nach Dortmund kommen.

Im Betuwe-Verfahren hatte ich in der Vergangenheit berichtet, dass zum Ende des Jahres 2014 alle zwölf Anträge zur Durchführung der Anhörungsverfahren bei der Bezirksregierung eingegangen sind und danach zeitnah zur Offenlage gebracht worden sind. Mittlerweile ist am 01.10.2015 auch der erste Planfeststellungsbeschluss vom Eisenbahnbundesamt ergangen, und zwar für einen Abschnitt in Oberhausen. Es sind zwar einige grundlegende Fragen angesprochen und geregelt worden, es sind aber viele wichtige Problemkreise wie z.B. Fragen zum Sicherheitskonzept der Feuerwehren noch offengeblieben.

Deshalb bleibt es abzuwarten, bis der erste Planfeststellungsbeschluss für den ländlichen Bereich existiert, der dann zum Beispiel das Sicherheitskonzept in der Fläche näher festlegen wird. Außerdem hat die Stadt Oberhausen Klage gegen den Beschluss eingelegt.

Durch Personalaufstockungen war es möglich, noch im November 2015 zwei Erörterungstermine in Dinslaken für die Bereiche Voerde und Dinslaken durchzuführen. Beide Termine dauerten jeweils zwei Tage und fanden in lebhafter, teilweise angespannter Stimmung statt. Es ist aber der Verhandlungsleitung jeweils gelungen, sachliche und informative Veranstaltungen durchzuführen. Bis April 2016 werden in zwei weiteren Bereichen, nämlich Friedrichsfeld und Hamminkeln Erörterungstermine stattfinden. Damit werden dann sieben von zwölf Abschnitten erörtert sein.

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Zum RRX-Projekt kann ich heute berichten, dass bei der Bezirksregierung derzeit weiterhin drei Planfeststellungsabschnitte vorliegen: Langenfeld, Essen und Mülheim an der Ruhr. In Essen hat ein Erörterungstermin am 02.12.2015 stattgefunden, der Termin für die Erörterung Langenfeld ist für den 16.12.2015 festgelegt worden. Es ist davon auszugehen, dass im Jahr 2016 für beide Abschnitte Anhörungsberichte der Bezirksregierung geschrieben werden können, die zur Vorbereitung der Planfeststellungsbeschlüsse des Eisenbahnbundesamtes dienen und zu denen ich Ihnen gerne weiter berichten werde.

Es bleibt in naher Zukunft abzuwarten, wie die weitere Entwicklung in den Abschnitten in Düsseldorf und Duisburg verlaufen wird. Die umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit ist dabei sichergestellt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

### **Beschlussfassung zum TOP 14/ 63.RR**

Der Regionalrat beschließt die nachfolgende Anfrage an die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Dr. Barbara Hendricks:

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks,

der Pressemitteilung des BMU vom 18.06.2015 war zu entnehmen, dass unter anderem das ehemalige Bundeswehrdepot Straelen – Herongen mit einer Größe von 158 ha in das so genannte Nationale Naturerbe aufgenommen wurde. Nach Informationen des Bundesamtes für Naturschutz (Quelle: [www.bfn.de/0325\\_nne\\_stand\\_uebertragung.html](http://www.bfn.de/0325_nne_stand_uebertragung.html)) ist die Depotfläche Teil einer dritten Tranche, für die die Vorbereitungen für Flächenübertragungen begonnen haben. Der gleichen Information zufolge wurden die Übertragungslisten einvernehmlich mit den Ländern, der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und den Naturschutzorganisationen abgestimmt.

Die Depotfläche Straelen – Herongen ist derzeit Gegenstand der Regionalplanfortschreibung und der Bauleitplanung der Stadt Straelen. Für eine Teilfläche von ca. 35 ha, die stark anthropogen beeinflusst ist (Bodenverdichtung, Versiegelung, Ausbreitung der Amerikanischen Traubenkirsche, Kriegseinwirkungen), wird eine gewerbliche Folgenutzung angestrebt. Diese Zielvorstellung entspricht auch dem aktuellen Gewerbeflächenkonzept des Kreises Kleve.

Der Planungs- und Beteiligungsprozess zur Fortschreibung des RPD ist breit angelegt und ermöglicht es allen Verfahrensbeteiligten einschließlich aller interessierten Bürger, sich mit ihren Bedenken und Anregungen einzubringen. Diese umfangreiche und transparente Verfahrensweise ist dem Regionalrat für den Regierungsbezirk Düsseldorf wichtig, da nur auf diese Weise die Voraussetzungen für eine sachgerechte Abwägung durch den Regionalrat geschaffen werden.

Der Regionalrat beschließt die Regionalplanung und legt daher Wert darauf, über wesentlichen Entwicklungen im Regierungsbezirk informiert zu werden und in seinen Abwägungs- und Entscheidungskompetenzen möglichst frei zu sein.

Vor diesem Hintergrund überrascht die Nachricht über die Aufnahme des ehemaligen Bundeswehrdepots Straelen – Herongen in das Nationale Naturerbe sehr.

Die Aufnahme der Depotfläche in das Nationale Naturerbe ist offensichtlich ohne vorherige Beteiligung der Stadt Straelen als Träger der Bauleitplanung und der zuständigen unteren und höheren Landschaftsbehörden sowie der Regionalplanungsbehörde und des Regionalrats für den Regierungsbezirk Düsseldorf erfolgt.

Die bekannt gewordene Entscheidung des Haushaltsausschusses des Bundestags schränkt den Abwägungsspielraum des Regionalrats im Zuge des Verfahrens zur Regionalplanfortschreibung für den Bereich des Depots Straelen – Herongen möglicherweise ein.

Für den Regionalrat im Regierungsbezirk Düsseldorf stellen sich daher folgende Fragen:

- Wer hat den Anstoß für die Aufnahme des ehemaligen Bundeswehrdepots Straelen – Herongen in das Nationale Naturerbe gegeben?
- Warum wurden bzw. werden zwar die Naturschutzorganisationen beteiligt aber nicht andere Träger öffentlicher Belange wie insbesondere die Belegenheitskommune, die Regionalplanungsbehörde oder die amtlich zuständigen Landschaftsbehörden?
- Wie stellt sich das Auswahlverfahren für die Flächen des Nationalen Naturerbes dar?
- Welche Wirkungen entfaltet die Aufnahme von Flächen in das Nationale Naturerbe?
- Ist die Aufnahme einer Teilfläche in das Nationale Naturerbe möglich, während für einen Teilbereich eine gewerbliche Folgenutzung ermöglicht wird?

Der Regionalrat im Regierungsbezirk Düsseldorf ist im Interesse einer ausgewogenen Gesamtplanung und offenen Auseinandersetzung mit Anregungen und Bedenken an einer raschen Aufklärung in der Sache interessiert.

Der Regionalrat bittet Sie daher, die aufgeworfenen Fragen möglichst zeitnah zu beantworten.

Mit freundlichen Grüßen